



Ressort: Politik

Protest gegen Sparpläne in der Gesundheitsversorgung

Hanoover/Duisburg, 11.06.2026 [ENA]

Protest gegen die Gesundheitsreform von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken
Hannover/Duisburg, 10. Juni 2026

Es war noch früh am Morgen, als sich der Bus am Duisburger Hauptbahnhof in Bewegung setzte. Ein grauer Himmel, müde Gesichter – aber dahinter eine Entschlossenheit,

die man fast greifen konnte. Ver.di Mitglieder und Beschäftigte aus dem Fachbereich C, begleitet von Ines Josten und Helmut Gröschl, machten sich auf den Weg nach Hannover. Ein Weg, der an diesem Tag mehr war als eine einfache Busfahrt. Es war ein Weg des Widerstands, der Solidarität und der Hoffnung. In Hannover warteten bereits rund 8.000 Menschen – Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Beschäftigte der Krankenkassen, Sozialverbände, Studierende, Rentnerinnen und Rentner. Menschen, die tagtäglich dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem funktioniert. Menschen, die wissen, was es bedeutet, wenn politische Entscheidungen nicht abstrakt bleiben, sondern direkt in den Alltag eingreifen.

„Wir haben Angst – und wir haben genug.“

Die geplante Gesundheitsreform, das sogenannte Beitragsstabilisierungsgesetz, trifft ein System, das längst am Limit arbeitet. Statt Entlastung drohen neue Lasten:

- Kliniken sollen weniger Geld für Tarifsteigerungen erhalten.
- Krankenkassen sollen bei den Verwaltungskosten sparen
- Notaufnahmen, die ohnehin defizitär arbeiten, geraten weiter unter Druck.
- Ganze Regionen könnten unversorgt bleiben, wenn Kliniken schließen müssen.

Der Geschäftsführer Michael Moormann des Klinikums Lüneburg brachte es drastisch auf den Punkt:
„Mit einer Notaufnahme verdient kein Krankenhaus Geld. Aber ich bin gesetzlich verpflichtet, sie aufrechtzuerhalten.“

Wie lange noch?

Stimmen, die unter die Haut gehen

Auf dem Platz in Hannover wurde schnell klar: Hier geht es nicht um Zahlen. Hier geht es um Menschen. Silvia Bühler vom Ver.di-Bundesvorstand sagte mit fester Stimme:

„Die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitswesen sind stinksauer und haben richtig Angst. Angst um ihre Gesundheit, um ihren Job, darum, dass sie Menschen nicht mehr gut versorgen können.“

Auch die Wohlfahrtsverbände schlugen Alarm.

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

Hans-Joachim Lenke, Diakonie Niedersachsen:

„Die Träger haben überhaupt nicht die Finanzkraft. Das schnürt uns die Luft zum Atmen ab.“

Und ein Redner brachte die Ungerechtigkeit der Reform auf den Punkt:

„Wenn angeblich jeder Euro gebraucht wird, warum dürfen sich Besserverdienende aus der solidarischen Finanzierung verabschieden? Das ist kein Naturgesetz – das ist ein politischer Skandal.“

Ein Sozialstaat, der wankt – aber nicht fällt

Die Reden waren eindringlich, emotional, kämpferisch. Immer wieder fiel ein Wort: Solidarität.

Denn der Sozialstaat ist kein Kostenfaktor. Er ist ein Versprechen.

Ein Versprechen, dass niemand allein gelassen wird.

Ein Versprechen, dass Krankheit nicht arm macht.

Ein Versprechen, dass Pflegekräfte nicht auf dem Zahnfleisch gehen müssen.

Doch dieses Versprechen steht auf der Kippe.

„Wir ändern das. Versprochen.“

Die Demonstration in Hannover war mehr als ein Protest. Sie war ein lautes, kraftvolles Zeichen lebendiger Demokratie. Ein Zeichen dafür, dass Menschen sich einmischen, wenn es um ihre Zukunft geht.

Ein Redner rief den Demonstrierenden zu:

„Wenn ihr wieder nach Hause fahrt, nehmt den Geist dieser Zuversicht mit. Wir werden diesen Sozialstaat nicht nur verteidigen – wir werden ihn besser machen.“

Und genau das war spürbar: Trotz aller Sorgen, trotz aller Wut – da war Hoffnung. Da war Zusammenhalt. Da war der feste Wille, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Fazit:

Die Proteste in Hannover haben gezeigt: Die Beschäftigten im Gesundheitswesen lassen sich nicht zum Sparobjekt machen. Sie stehen zusammen – für ihre Arbeitsbedingungen, für die Patientinnen und Patienten, für eine Gesundheitsversorgung, die diesen Namen verdient.

Die Politik wird sich dieser Stimme nicht entziehen können.

Denn sie ist laut.

Sie ist klar.

Und sie kommt aus der Mitte unserer Gesellschaft.

Bericht online lesen:

https://www.en-a.de/politik/protest_gegen_sparplaene_in_der_gesundheitsversorgung-93891/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Reinhard Majchrzak

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.